

NEOLIBERALISMUS IM ZERSTÖRTEN SYRIEN

Warum eine übereilte Privatisierung den Wiederaufbau
untergraben könnte

Alaa Alkhatib

Redaktionell bearbeitete deutsche Ausgabe auf Grundlage [der arabischen Originalstudie](#)

Aktualisiert und für ein internationales Publikum adaptiert • 25 August 2026



Contents

Redaktioneller Hinweis zur deutschen Ausgabe	3
1. Syrien am Scheideweg	3
2. Neoliberale Wirtschaftspolitik: Das verführerische Versprechen	4
2.1 Zwischen Erfolg und Misserfolg	5
2.2 Die europäische Lehre: Märkte, Resilienz und strategische Infrastruktur	6
2.3 Lehren aus Entwicklungs- und Postkonfliktökonomien	7
2.4 Warum die Risiken in Entwicklungsländern größer sind	8
3. Syrien: Warum schnelle Privatisierung zum Notverkauf werden könnte	9
3.1 Die sich abzeichnende wirtschaftspolitische Richtung der Übergangsbehörden	10
3.2 Improvisation und das Fehlen langfristiger strategischer Planung	11
4. Die Alternative: Ein Entwicklungsstaat für das 21. Jahrhundert	12
4.1 Was ist ein Entwicklungsstaat?	12
4.2 Zentrale Merkmale	12
4.3 Schwierigkeiten des Modells im 21. Jahrhundert	13
4.4 Ein flexibleres syrisches Entwicklungsmodell	14
4.5 Ein Fahrplan für die syrische Wirtschaftspolitik	15
4.6 Phasen der administrativen und wirtschaftlichen Erholung	15
5. Schlussfolgerung: Syrien darf seine Zukunft nicht verspielen	16
Abbildung aus der Originalstudie	18
Literatur und Quellen	18

Redaktioneller Hinweis zur deutschen Ausgabe

Diese deutsche Ausgabe ist keine wörtliche Übersetzung. Sie bewahrt Argumentation, Aufbau und wirtschaftspolitische Anliegen des arabischen Originals, passt jedoch Terminologie, Beispiele und erläuternden Kontext an Leserinnen und Leser an, die mit der politischen Ökonomie Syriens möglicherweise weniger vertraut sind.

Mehrere kategorische Formulierungen des Originals wurden dort präzisiert, wo die verfügbare Evidenz eine differenziertere Schlussfolgerung nahelegt. Insbesondere unterscheidet die Studie zwischen Neoliberalismus als breitem und umstrittenem politischen Begriff und konkreten Maßnahmen – rascher Privatisierung, fiskalischer Austerität, Deregulierung und Liberalisierung des Kapitalverkehrs –, deren Folgen stark von institutioneller Leistungsfähigkeit, Reihenfolge und Sektor abhängen.

Auch zeitabhängige syrische Daten und politische Beispiele wurden anhand späterer öffentlich zugänglicher Quellen überprüft. Ziel ist nicht, die These des Autors zu ersetzen, sondern sie präziser zu formulieren: Syriens zentrales Risiko ist nicht private Investition an sich. Das Risiko liegt in der vorzeitigen Übertragung strategischer Vermögenswerte und staatlicher Steuerungskapazität in einem Land, dessen Institutionen, Regulierungssysteme und Gesellschaftsvertrag weiterhin außerordentlich fragil sind.

1. Syrien am Scheideweg

Bereits vor dem Aufstand von 2011 litt Syrien unter erheblichen wirtschaftlichen und institutionellen Schwächen: Korruption und Patronage waren verbreitet, öffentliche Institutionen fragil, Arbeitslosigkeit und Armut hartnäckig und das Unternehmensumfeld schwierig. Das Doing-Business-Profil der Weltbank von 2009 führte Syrien auf Rang 137 von 181 Volkswirtschaften – kein vollständiges Maß institutioneller Qualität, aber dennoch ein Hinweis auf erhebliche Hindernisse für Unternehmen und Investitionen.[1]

Vierzehn Jahre Krieg verwandelten strukturelle Schwäche anschließend in Verwüstung. Spätere Weltbankbewertungen schätzten die direkten physischen Schäden an Infrastruktur, Wohn- und Nichtwohngebäuden auf rund 108 Milliarden

US-Dollar und den Wiederaufbaubedarf auf etwa 216 Milliarden US-Dollar. Nach derselben Bewertung wurde nahezu ein Drittel des syrischen Kapitalstocks aus der Vorkriegszeit beschädigt.[2] Auch UNDP beschreibt eine Wirtschaft, die von weit verbreiteter Armut, massiv beeinträchtigten öffentlichen Dienstleistungen und institutioneller Fragilität geprägt ist.[3]

Vor diesem Hintergrund versuchen die Übergangsbehörden nach Assad, die Wirtschaft durch private Investitionen, die Umstrukturierung staatlicher Unternehmen, ausländische Partnerschaften und eine Verringerung der Rolle des alten öffentlichen Sektors rasch wiederzubeleben. In einem Land mit äußerst begrenztem fiskalischem Spielraum sind solche Schritte nachvollziehbar. Die Gefahr liegt nicht in der Öffnung der Wirtschaft an sich, sondern darin, dies zu tun, bevor der Staat jene Institutionen wiederaufgebaut hat, die öffentliche Vermögenswerte bewerten, Monopole regulieren, Verträge durchsetzen und strategische Interessen schützen können.

Diese Studie argumentiert, dass eine schnelle und unzureichend regulierte Übertragung strategischer Vermögenswerte unter den heutigen syrischen Bedingungen eher zu einem Notverkauf als zu einer Wiederaufbaustrategie werden könnte. Die hier vorgeschlagene Alternative ist weder eine Rückkehr zum Staatskapitalismus der Assad-Ära noch eine Ablehnung von Märkten. Es geht um ein entwicklungsorientiertes Modell, in dem Märkte und privates Kapital innerhalb eines starken institutionellen Rahmens wirken, während der Staat die strategische Steuerung von Infrastruktur, natürlichen Ressourcen, Humankapital und langfristiger wirtschaftlicher Resilienz behält.

2. Neoliberale Wirtschaftspolitik: Das verführerische Versprechen

„Neoliberalismus“ ist ein umstrittener Begriff, der häufiger von Kritikern als von den Architekten der darunter zusammengefassten Politik verwendet wird. In wirtschaftspolitischen Debatten bezeichnet er gewöhnlich eine Agenda, die Marktwettbewerb, Deregulierung, Privatisierung, Handels- und Finanzöffnung, fiskalische Zurückhaltung und eine geringere direkte Rolle des Staates in der Produktion betont.[4]

Er darf nicht mit jeder Form von Marktwirtschaft gleichgesetzt werden. Eine Marktwirtschaft kann mit starkem Wettbewerbsrecht, öffentlicher Infrastruktur, sozialer Sicherung, Industriepolitik und öffentlichem Eigentum an ausgewählten

strategischen Vermögenswerten koexistieren. Die zentrale Frage ist daher nicht die binäre Wahl zwischen „Kapitalismus“ und „Sozialismus“, sondern Umfang, Leistungsfähigkeit und strategische Rolle des Staates.

Eine vereinfachte Analogie kann helfen: Im klassischen Marktkapitalismus fungiert der Staat als Schiedsrichter – er schützt Eigentum, setzt Verträge durch, bekämpft Monopole und stellt wesentliche öffentliche Güter bereit. In einer stark neoliberalen Variante wird sein Mandat bewusst enger gefasst, weil angenommen wird, Wettbewerb und private Allokation seien öffentlicher Steuerung meist überlegen. In manchen Sektoren und institutionellen Umfeldern kann diese Annahme funktionieren; in anderen, besonders bei konzentrierten Märkten oder schwachen Institutionen, kann sie erhebliche Verwundbarkeiten erzeugen.

Milton Friedman wurde zu einem der einflussreichsten Befürworter wirtschaftlicher Liberalisierung im 20. Jahrhundert. Reformen unter Ronald Reagan und Margaret Thatcher rückten Privatisierung, Deregulierung und fiskalische Zurückhaltung in den Mainstream westlicher Politik. Seit den 1980er Jahren wurden ähnliche Rezepte auch zu einem Kern vieler Strukturanpassungsprogramme in Entwicklungsländern.

Die Bilanz ist jedoch gemischt. Joseph Stiglitz, David Harvey, Ha-Joon Chang und zahlreiche andere Ökonomen und politische Ökonomen kritisierten schnelle Liberalisierung und schlecht sequenzierte Privatisierung, insbesondere bei schwachen Institutionen. Bemerkenswert ist, dass selbst die IWF-Ökonomen Jonathan Ostry, Prakash Loungani und Davide Furceri 2016 zu dem Schluss kamen, einige prominente Elemente der neoliberalen Agenda seien „überschätzt“ worden: Wachstumsgewinne ließen sich für breite Ländergruppen nur schwer nachweisen, während zunehmende Ungleichheit und finanzielle Volatilität deutlicher hervortraten.[4]

2.1 Zwischen Erfolg und Misserfolg

Ob ein Wirtschaftsmodell „erfolgreich“ war, hängt davon ab, was gemessen wird: aggregiertes BIP, Inflationskontrolle, Produktivität, Beschäftigung, Resilienz, Ungleichheit, öffentliche Dienstleistungen oder Wohlstand der Haushalte. Mit Liberalisierung verbundene Maßnahmen haben unter bestimmten Bedingungen Vorteile gebracht; diese lassen sich jedoch nicht automatisch einer einzigen ideologischen Doktrin zuschreiben.

Fiskalische Zurückhaltung und makroökonomische Stabilisierung können schwere Inflation eindämmen, während zu aggressive Austerität in einer schwachen

Wirtschaft hohe soziale und beschäftigungspolitische Kosten verursachen kann. Handels- und Investitionsliberalisierung kann Kapital, Technologie und Marktzugang anziehen. Ausländische Direktinvestitionen unterscheiden sich dabei wesentlich von kurzfristigen spekulativen Kapitalströmen und können Entwicklung fördern, wenn sie in heimische Lieferketten eingebettet und wirksam reguliert werden.

China und Vietnam öffneten sich umfassend für Welthandel und Investitionen, waren aber nie Beispiele eines Staates, der sich aus wirtschaftlicher Strategie zurückzog. Beide behielten mächtige öffentliche Institutionen, Staatsunternehmen, Industriepolitik und eine aktive Lenkung von Investitionen. Auch Chiles Entwicklung lässt sich nicht überzeugend auf reinen Laissez-faire-Liberalismus reduzieren: Perioden starken Wachstums und makroökonomischer Stabilität gingen mit Regulierung und später ausgebauter Sozialpolitik einher.

Die tragfähigere Schlussfolgerung lautet daher nicht, dass Marktliberalisierung immer scheitert, sondern dass Reihenfolge, Institutionen und Verteilung entscheidend sind. Die Liberalisierung des Kapitalverkehrs etwa wurde in Schwellenländern mit einer höheren Anfälligkeit für Boom-und-Bust-Zyklen verbunden; fiskalische Konsolidierung kann Arbeitslosigkeit und Ungleichheit erhöhen. Selbst die Forschung des IWF betont, dass es keine feste Agenda gibt, die in allen Ländern und zu allen Zeiten gute Ergebnisse produziert.[4]

2.2 Die europäische Lehre: Märkte, Resilienz und strategische Infrastruktur

Die Grenzen einer ausschließlich marktorientierten Logik zeigen sich nicht nur in Entwicklungsländern. Europas Energiekrise nach dem russischen Angriff auf die Ukraine verdeutlichte ein grundlegendes Problem: Wirtschaftliche Effizienz und strategische Resilienz sind nicht immer dasselbe Ziel.

Frankreich liefert ein anschauliches Beispiel. EDF war teilweise börsennotiert, doch der französische Staat blieb dominierender Aktionär. 2022 kündigte die Regierung den Erwerb der verbleibenden Aktien an; im Juni 2023 befand sich EDF wieder zu 100 Prozent in Staatseigentum. Die offizielle Begründung betonte Energiesouveränität und die strategische Bedeutung der Kernenergie.[5] Die Lehre ist nicht, dass Privatisierung Frankreichs Energieprobleme verursacht habe. Vielmehr können strategische Infrastrukturen Verpflichtungen der nationalen Sicherheit und langfristige Investitionsanforderungen tragen, die gewöhnliche Marktanreize nicht vollständig erfassen.

Die Abhängigkeit der Europäischen Union von russischem Gas zeigte dieselbe Spannung auf kontinentaler Ebene. Nach Angaben der Internationalen Energieagentur entfielen 2021 rund 45 Prozent der EU-Gasimporte auf Russland.[6] Diese Abhängigkeit entstand aus zahlreichen politischen, kommerziellen und geopolitischen Entscheidungen – nicht allein aus dem Verhalten privater Unternehmen. Sie zeigte jedoch, wie eine in normalen Zeiten wirtschaftlich effizient erscheinende Versorgungsstruktur unter geopolitischem Schock zur strategischen Verwundbarkeit werden kann.

Für Syrien ist die Folgerung klar: Stromnetze, Häfen, Wassersysteme, Telekommunikation sowie Öl- und Gasressourcen dürfen nicht allein danach bewertet werden, welcher Bieter am schnellsten Kapital bereitstellt. Der Staat muss auch fragen, welche Eigentumsstruktur Versorgungskontinuität, Resilienz, Preissetzungsspielraum, technologisches Lernen und nationale Souveränität über Jahrzehnte schützt.

2.3 Lehren aus Entwicklungs- und Postkonfliktökonomien

Der Irak nach 2003 zeigt die Risiken radikaler Marktumstrukturierung unter Bedingungen von Besatzung, Unsicherheit und schwachen Institutionen. Die späteren wirtschaftlichen und politischen Misserfolge lassen sich nicht allein neoliberaler Politik zuschreiben; Krieg, konfessioneller Konflikt, Korruption und institutioneller Zusammenbruch waren zentral. Dennoch warnt der Fall davor, umfassende wirtschaftliche Restrukturierung zu versuchen, bevor grundlegende staatliche Kapazität und politische Legitimität gesichert sind.[7]

Das libanesisches Nachkriegsmodell stützte sich stark auf Dienstleistungen, Finanzwirtschaft, Kapitalzuflüsse, Immobilien und einen politisch vermittelten Wiederaufbau. Der Finanzkollaps von 2019 hatte mehrere Ursachen, darunter fiskalisches und monetäres Missmanagement, ein dysfunktionales politisches System und tiefgreifende Korruption. Dennoch zeigt der Fall die Gefahr einer Wirtschaft, die eindrucksvolle städtische und finanzielle Expansion hervorbringt, ohne eine hinreichend produktive, rechenschaftspflichtige und widerstandsfähige Basis aufzubauen.[8]

Auch die Türkei ist komplexer als eine einfache Erfolg-oder-Misserfolg-Erzählung. Liberalisierung, ausländisches Kapital und Bauwirtschaft trugen jahrelang zu starkem Wachstum bei; zugleich entstanden Verwundbarkeiten durch externe Finanzierung, Währungsrisiken, institutionelle Verschlechterung und ein zunehmend mit politisch verbundenen Bau- und Kreditnetzwerken verknüpftes

Entwicklungsmodell. Die Türkei ist daher weniger ein Beweis dafür, dass „Neoliberalismus Zusammenbruch verursacht“, als eine Warnung vor Wachstumsmodellen, die von Kapitalzuflüssen und schwachen institutionellen Kontrollen abhängig werden.[9]

2.4 Warum die Risiken in Entwicklungsländern größer sind

Entwicklungs- und Postkonfliktstaaten beginnen häufig unter Bedingungen, die eine voreilige Liberalisierung besonders riskant machen: hohe Armut, schwache Regulierungsinstitutionen, Patronagenetzwerke, begrenzter Wettbewerb, flache Kapitalmärkte und massive Infrastrukturdefizite.

Erstens ist die Binnennachfrage wichtig. Eine produktive Volkswirtschaft braucht Bürger nicht nur als Arbeitskräfte, sondern auch als Konsumenten. Wo Kaufkraft zusammenbricht, kann sich privates Kapital rational auf Exportmärkte, Luxuskonsum oder geschützte Renten konzentrieren statt auf breit getragene Binnenentwicklung. Sozialschutz und die Erholung der Löhne sind daher nicht nur Wohlfahrtsfragen, sondern können Bestandteile des wirtschaftlichen Wiederaufbaus sein.

Zweitens erfordert Infrastruktur lange Zeithorizonte. Stromerzeugung und -übertragung, Eisenbahnen, Straßen, Wassernetze, Schulen und Krankenhäuser verlangen enorme Anfangsinvestitionen und erzielen Erträge oft erst über Jahrzehnte. Privates Kapital kann eine große Rolle spielen, doch seine Anreize müssen durch Regulierung, Konzessionsgestaltung und öffentliche Planung mit universellem Zugang, Wartung, Resilienz und Bezahlbarkeit in Einklang gebracht werden.

Drittens sind schwache Staaten anfällig für regulatorische Vereinnahmung. Privatisierung, die vor Wettbewerbsbehörden, Beschaffungssystemen, unabhängigen Gerichten und transparenten Bewertungsmechanismen stattfindet, kann ein ineffizientes öffentliches Monopol durch ein politisch verbundenes privates Monopol ersetzen.

Viertens kann starke Abhängigkeit von volatilem externem Kapital internationale Schocks verstärken. Ostry, Loungani und Furceri weisen darauf hin, dass Wellen von Kapitalzuflüssen in Schwellenländern wiederholt in Finanzkrisen endeten und finanzielle Öffnung die Ungleichheit verschärfen kann, wenn Krisen eintreten.[4]

Die Kritik an diesen Risiken ist nicht per se links und verlangt keine Ablehnung von Privateigentum oder Märkten. Die zentrale Frage ist institutionell: Welche

Kombination aus Marktanreizen, öffentlicher Autorität und sozialem Schutz schafft am ehesten eine produktive, wettbewerbsfähige und resiliente Wirtschaft?

3. Syrien: Warum schnelle Privatisierung zum Notverkauf werden könnte

Ein Notverkauf entsteht, wenn wertvolle Vermögenswerte unter akutem Druck veräußert werden und die Schwäche des Verkäufers Teil des Preises wird. Syrien weist heute genau jene Bedingungen auf, die eine solche Verzerrung begünstigen: enorme Wiederaufbaukosten, schwache öffentliche Finanzen, beschädigte Institutionen, begrenzter Kapitalzugang, dringender Bedarf an Dienstleistungen und der nachvollziehbare politische Wunsch nach schnellen sichtbaren Verbesserungen.

Unter diesen Bedingungen kann Privatisierung sofortige Einnahmen und sichtbare Projekte erzeugen, während langfristiger strategischer Wert zu gedrückten Preisen übertragen wird. Besonders problematisch wird dies, wenn öffentliche Vermögenswerte nicht transparent bewertet werden können, Ausschreibungen undurchsichtig sind, Wettbewerb fehlt oder Investoren eine wesentlich stärkere Verhandlungsposition als der Staat besitzen.

David Harveys Konzept der „Akkumulation durch Enteignung“ ist hier als Warnung nützlich, nicht als vorweggenommene Diagnose: Krisenmomente können die Übertragung öffentlicher oder gemeinschaftlicher Vermögenswerte in konzentriertes Privateigentum unter äußerst ungleichen Verhandlungsbedingungen ermöglichen.[10]

Für Syrien verdienen zwei Risiken besondere Aufmerksamkeit. Erstens die Bildung einer neuen einheimischen Oligarchie, deren Vermögen auf Zugang zu politischer Autorität, Lizenzen, Land und öffentlichen Aufträgen beruht. Zweitens eine übermäßige Abhängigkeit von ausländischen Investoren, deren kommerzielle oder geopolitische Prioritäten nicht mit Syriens langfristigen Entwicklungsinteressen übereinstimmen müssen.

Keines dieser Ergebnisse ist unvermeidlich. Ausländisches Kapital wird für den Wiederaufbau unverzichtbar sein, und private Unternehmen müssen ein wichtiger Motor der Erholung sein. Die politische Herausforderung besteht darin, Investitionen anzuziehen, ohne die Fähigkeit des Staates aufzugeben, strategische

Vermögenswerte zu regulieren, Wettbewerb zu schützen und künftige öffentliche Einnahmen zu sichern.

3.1 Die sich abzeichnende wirtschaftspolitische Richtung der Übergangsbehörden

Die Übergangsbehörden haben kein einzelnes umfassendes Dokument veröffentlicht, das Syriens langfristiges Wirtschaftsmodell definiert. Es wäre daher voreilig, das gesamte Programm abschließend als „neoliberal“ zu bezeichnen. Mehrere frühe Maßnahmen weisen jedoch Merkmale marktgerichteter Restrukturierung auf: Pläne zur Privatisierung oder Umstrukturierung staatlicher Unternehmen, starke Kürzungen im öffentlichen Beschäftigungsapparat, vereinfachte Besteuerung, umfangreiche Abhängigkeit von ausländischen Investitionen und die Öffnung von Infrastruktursektoren für privates Kapital.

Reuters berichtete im Januar 2025, dass die neuen Behörden planten, zahlreiche staatliche Unternehmen zu privatisieren und zugleich den öffentlichen Personalbestand zu reduzieren; Vertreter beschrieben strategische Vermögenswerte allerdings als Ausnahmen und sprachen von Schutzmaßnahmen für gefährdete Gruppen.[11] Diese Unterscheidung ist wichtig: Einen aufgeblähten und von Patronage geprägten öffentlichen Sektor zu reformieren ist notwendig, doch Reform ist nicht gleichbedeutend mit unterschiedslosem Verkauf.

Der Energiesektor veranschaulicht sowohl Syriens Bedarf als auch die Tragweite der derzeit getroffenen Entscheidungen. Im Mai 2025 unterzeichnete die Regierung ein Memorandum mit einem internationalen Konsortium unter Führung der katarischen UCC über Projekte im Wert von rund sieben Milliarden US-Dollar, die 5.000 MW zusätzliche Erzeugungskapazität schaffen sollen. Das Paket umfasste gasbetriebene Kombikraftwerke und Solarenergie.[12] Spätere Vereinbarungen führten in Richtung Umsetzung. Für ein Land mit massiver Stromknappheit kann eine solche Investition transformativ sein. Gerade deshalb verdienen Konzessionsbedingungen, Risikoverteilung, Preisbildungsmechanismen, Eigentumsstruktur und langfristige fiskalische Verpflichtungen größtmögliche Transparenz.

Häfen sowie Öl und Gas werfen ähnliche Fragen auf. Ausländische Betreiber können Kapital, Logistiknetzwerke und technisches Know-how bereitstellen, die Syrien dringend benötigt. Häfen, Öl und Gas sind jedoch zugleich strategische Vermögenswerte. Die Vertragsgestaltung muss deshalb öffentliche Einnahmen,

Wettbewerb, Versorgungssicherheit, Umweltstandards und die Fähigkeit des Staates schützen, seine Politik bei veränderten Bedingungen anzupassen.

Die richtige Debatte lautet folglich nicht „Investition oder keine Investition“. Entscheidend ist, ob Syrien aus einer kohärenten nationalen Strategie heraus, mit kompetenten Institutionen und transparenten Regeln verhandelt – oder ob die Dringlichkeit dazu führt, dass einzelne Projekte die Strategie faktisch selbst bestimmen.

3.2 Improvisation und das Fehlen langfristiger strategischer Planung

Nachhaltige Entwicklung beruht auf drei miteinander verbundenen Grundlagen: politischer Stabilität, wirtschaftlicher Nachhaltigkeit und menschlicher Entwicklung. Wirtschaftliche Nachhaltigkeit wiederum hängt von einer Infrastruktur ab, die zuverlässig, anpassungsfähig, inklusiv und geeignet ist, produktive Tätigkeit zu tragen.

Das Ausmaß der syrischen Zerstörung macht strategische Planung unverzichtbar. Die Weltbank schätzte 2025 allein die direkten Infrastrukturschäden auf 52 Milliarden US-Dollar und die gesamten Wiederaufbaukosten physischer Vermögenswerte auf 216 Milliarden US-Dollar.[2] Eine Herausforderung dieser Größenordnung lässt sich nicht als Sammlung voneinander losgelöster Investitionsankündigungen bewältigen.

Syrien braucht einen Wiederaufbaufahrplan, der Notbedarf, mittelfristige Erholung und langfristige nationale Entwicklung unterscheidet. Infrastruktur, die heute gebaut wird, kann vierzig oder fünfzig Jahre in Betrieb bleiben. Entscheidungen über Stromerzeugung, Verkehrsachsen, Häfen, Wassernetze, Telekommunikation und Stadtentwicklung prägen daher die Geografie von Chancen und Ungleichheit über Generationen.

Große Türme, Luxusprojekte und spektakuläre Investitionssummen können einen starken visuellen Eindruck von Erholung erzeugen. Für sich genommen sind sie kein Beleg für Entwicklung. Eine Wiederaufbaustrategie muss an Produktivität, Beschäftigung, bezahlbaren Dienstleistungen, regionaler Ausgewogenheit, Humankapital, fiskalischer Nachhaltigkeit und der Fähigkeit syrischer Unternehmen und Arbeitnehmer gemessen werden, in höherwertige Tätigkeiten aufzusteigen.

Die zentrale Gefahr ist eine Erholung, die in ausgewählten Vierteln spektakulär aussieht, während die Mehrheit der Syrer ärmer bleibt, öffentliche

Dienstleistungen schwächer werden und die nationale Wirtschaft von importiertem Kapital, importierter Technologie und externen politischen Beziehungen abhängig bleibt.

4. Die Alternative: Ein Entwicklungsstaat für das 21. Jahrhundert

Syrien braucht keinen weiteren wirtschaftlichen Schock. Ein geeigneterer Ausgangspunkt ist die Tradition des Entwicklungsstaates, die besonders mit Japan, Südkorea und Taiwan nach dem Zweiten Weltkrieg verbunden wird: Marktwirtschaften, in denen leistungsfähige öffentliche Institutionen den industriellen Strukturwandel aktiv gestalteten, Kredit und Investitionen lenkten, ausgewählte Sektoren unterstützten und Unternehmen anhand von Leistungsanforderungen disziplinierten.

Dieses Modell darf nicht mechanisch kopiert werden. Der historische ostasiatische Entwicklungsstaat entstand unter sehr anderen geopolitischen Bedingungen, häufig unter autoritären Regierungen und in einer Ordnung des Kalten Krieges, die außergewöhnlichen Marktzugang und strategische Unterstützung bot. Syrien im 21. Jahrhundert braucht eine offenere, rechenschaftspflichtigere und sozial inklusivere Variante.

Ziel ist nicht staatliches Eigentum an allem. Ziel ist ein Staat, der Richtung geben kann: Institutionen aufbauen, Infrastruktur koordinieren, Wettbewerb schützen, in Humankapital investieren, strategischen Einfluss bewahren und Anreize schaffen, damit private Unternehmen in produktive Sektoren statt in Renten investieren.

4.1 Was ist ein Entwicklungsstaat?

Ein Entwicklungsstaat ist ein Staat, in dem die Regierung eine bewusste Führungsrolle beim strukturellen wirtschaftlichen Wandel übernimmt. Er beschränkt sich nicht auf die Korrektur einzelner Marktversagen, sondern koordiniert öffentliche und private Ressourcen auf langfristige nationale Ziele hin. Er ist weder Kommandowirtschaft noch Laissez-faire-Staat.

4.2 Zentrale Merkmale

Eine kompetente technokratische Verwaltung: ein professioneller Staatsapparat, der gegenüber engen politischen und privaten Interessen relativ unabhängig ist; Rekrutierung und Beförderung vor allem nach Kompetenz und Leistung;

spezialisierte Behörden, die langfristige Entwicklungsstrategien entwerfen, bewerten und umsetzen können.

Staatliche Autonomie: Der Staat muss langfristige Entscheidungen treffen können, auch wenn sie kurzfristigen Interessen mächtiger Unternehmensgruppen, Landbesitzer, Monopole oder politischer Netzwerke widersprechen. Autonomie bedeutet nicht Autoritarismus; in einem demokratischen Entwicklungsmodell muss sie mit rechtlicher Rechenschaft, parlamentarischer Kontrolle, unabhängigen Gerichten und Transparenz verbunden sein.

Eine klare Entwicklungsvision: Eine nationale Strategie sollte festlegen, welchen strukturellen Wandel Syrien über zwanzig bis vierzig Jahre anstrebt.

Industrialisierung bleibt wichtig, moderne Industriepolitik muss aber auch digitale Dienstleistungen, Pharmazeutika, moderne Landwirtschaft, Logistik, Energietechnologien und andere handelbare Sektoren umfassen.

Eine strategische Allianz mit Unternehmen: Weder vollständige staatliche Kontrolle noch bedingungslose Unternehmensfreiheit. Der Staat kann Infrastruktur, Kreditunterstützung, Forschungskapazitäten, Exporthilfe und vorübergehenden Schutz bereitstellen, während er messbare Leistungen bei Produktivität, Exporten, Beschäftigung, Technologietransfer und lokaler Wertschöpfung verlangt. Alice Amsden beschrieb einen Teil des ostasiatischen Ansatzes als „getting prices wrong“: Marktanreize bewusst so zu verändern, dass Kapital in strategische Tätigkeiten gelenkt wird, statt anzunehmen, aktuelle Marktpreise erzeugten stets die gesellschaftlich optimale Allokation.[13]

Exportorientierung: Unterstützung junger Industrien darf nicht zu dauerhaftem Schutz ineffizienter Unternehmen werden. Internationale Märkte können als Leistungstest dienen; Exportfähigkeit, Qualitätsstandards und Produktivitätswachstum sollten zentrale Maßstäbe dafür sein, ob geförderte Sektoren tatsächlich wettbewerbsfähig werden.

4.3 Schwierigkeiten des Modells im 21. Jahrhundert

Der klassische Entwicklungsstaat operierte in einer Welt mit größerem nationalem wirtschaftspolitischen Spielraum. Heute begrenzen Regeln der Welthandelsorganisation, globale Wertschöpfungsketten, digitale Märkte, Klimaanforderungen und mobiles Kapital einige traditionelle Instrumente von Schutz und Subvention.

Zudem beruhten die ostasiatischen Erfolge auf ungewöhnlich leistungsfähigen Bürokratien. Für Syrien ist dies die zentrale Einschränkung. Intervention durch einen schwachen oder korrupten Staat kann ebenso zerstörerisch sein wie unregulierte Privatisierung: Sie kann Klientelismus, politisch vergebene Kredite, künstliche Wechselkurse, geschützte Monopole und Verschwendung erzeugen.

Die Lehre lautet daher nicht einfach „mehr Staat“, sondern bessere staatliche Leistungsfähigkeit.

4.4 Ein flexibleres syrisches Entwicklungsmodell

Statt traditioneller Industrialisierung allein sollte Syrien auf intelligente Spezialisierung setzen: Pharmazeutika und Biotechnologie, Software und Informationstechnologie, Wertschöpfungsketten erneuerbarer Energien sowie die Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte bieten Felder, in denen vorhandenes Humankapital, geografische Lage und Wiederaufbaubedarf miteinander verbunden werden können.

Partnerschaft sollte geschlossenen Protektionismus ersetzen. Öffentlich-private Forschungsinstitute, wettbewerbliche Innovationsförderung, Qualitäts- und Umweltstandards, Exportlogistik, Zertifizierung und Handelsfinanzierung können heimische Fähigkeiten aufbauen. Syrische Unternehmen müssen nicht ganze Autos herstellen, um an moderner Industrie teilzunehmen; sie können Komponenten, Ingenieurdienstleistungen, Pharmazeutika, Software oder andere Nischen bedienen.

Die absolute Priorität lautet jedoch: Institutionen zuerst. Eine Entwicklungsstrategie verlangt eine kompetente und integre Verwaltung. Die erste Wirtschaftsreform ist deshalb institutionell: unabhängige und funktionierende Gerichte, transparente Beschaffung, Offenlegung großer Konzessionen, glaubwürdige Rechnungsprüfung, Wettbewerbsrecht, professionelle Regulierungsbehörden und wirksame Korruptionsbekämpfung. Ohne diese Grundlagen können sowohl neoliberale als auch entwicklungsstaatliche Modelle scheitern.

Auch soziale Gerechtigkeit ist eine Stabilitätsbedingung. Klassische Entwicklungsstaaten ordneten soziale Gleichheit teilweise schnellem Wachstum unter. In einem Syrien nach dem Krieg wäre dies gefährlich. Sozialschutz, Gesundheitsversorgung und Bildung müssen Bestandteil der Entwicklungsstrategie sein, nicht Restposten nach dem Wachstum. Der Wiederaufbau des Menschen ist wichtiger als der Wiederaufbau des Betons.

4.5 Ein Fahrplan für die syrische Wirtschaftspolitik

Das unmittelbare Ziel sollte der Wiederaufbau staatlicher Leistungsfähigkeit und gesellschaftlichen Vertrauens sein, nicht die Maximierung kurzfristiger Erlöse aus Vermögensverkäufen.

Planung sollte auf drei Zeithorizonten erfolgen: einem Nothorizont von ungefähr ein bis drei Jahren, einem mittelfristigen Horizont von fünf bis zehn Jahren und einem langfristigen Infrastruktur- und Strukturwandelhorizont über mehrere Jahrzehnte. Diese Horizonte müssen miteinander verbunden sein: Ein heute geschlossener Notvertrag für Strom darf nicht die Energiestrategie blockieren, die Syrien in zwanzig Jahren benötigt.

Eine nationale Wiederaufbaubehörde oder ein vergleichbarer Koordinierungsmechanismus könnte sektorale Pläne, standardisierte Konzessionsgrundsätze, Beschaffungsregeln, Offenlegung von Schulden und Eventualverbindlichkeiten sowie messbare Entwicklungsziele veröffentlichen. Große strategische Verträge sollten nicht nur nach der Schlagzeilensumme der Investition bewertet werden, sondern nach ihren gesamten fiskalischen Kosten, Eigentumsverhältnissen, Tarifen, Technologietransfer, lokaler Beschäftigung und Resilienz.

4.6 Phasen der administrativen und wirtschaftlichen Erholung

Phase eins – Nothilfe und Stabilisierung (ungefähr Jahre 1–2): Wiederherstellung grundlegender Dienstleistungen und administrativer Funktionsfähigkeit; Unterstützung kleiner und mittlerer syrischer Unternehmen; Sanierung essenzieller öffentlicher Institutionen statt Notverkauf; transparente Register staatlicher Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und großer Konzessionen.

Phase zwei – Wiederaufbau und Stabilisierung (ungefähr Jahre 3–5): Aufbau eines faireren und administrativ realistischen Steuersystems; Priorisierung produktiver Investitionen in Industrie, Landwirtschaft, Logistik und handelbare Dienstleistungen; selektive öffentlich-private Partnerschaften; strategische Kontrolle über endliche natürliche Ressourcen wie Öl und Gas; Tarife und Konzessionen, die Bezahlbarkeit, Wettbewerb und öffentliche Einnahmen schützen.

Phase drei – Wachstum und Entwicklung (nach ungefähr fünf Jahren): Erst wenn Regulierungsbehörden, Gerichte, Wettbewerbsinstitutionen und transparente Kapitalmärkte glaubwürdig funktionieren, sollte Syrien eine breitere Privatisierung nichtstrategischer Vermögenswerte erwägen. Dann kann Privatisierung aus

institutioneller Stärke statt fiskalischer Verzweiflung erfolgen – mit transparenter Bewertung, wettbewerblichen Verfahren und Schutz vor Konzentration. Industrie- und Innovationspolitik sollte sich zunehmend von Wiederaufbau auf Produktivität, Export, Technologie und Humankapital verlagern.

5. Schlussfolgerung: Syrien darf seine Zukunft nicht verspielen

In Syrien lassen sich Wirtschaft und Politik nicht trennen. Gesellschaftliche Spaltungen bleiben tief, öffentliches Vertrauen ist schwach, und die Verteilung von Eigentum ist untrennbar mit Fragen von Gerechtigkeit, Vertreibung, regionalem Ausgleich und politischer Legitimität verbunden. Ein schlecht gestalteter Privatisierungsprozess könnte daher mehr als ein wirtschaftlicher Fehler sein; er könnte neue soziale und politische Konfliktlinien schaffen.

Syrien ist kein insolventes Unternehmen, dessen Vermögenswerte einfach zerlegt und verkauft werden können. Es ist ein Land, das gleichzeitig einen Staat, eine Wirtschaft und einen Gesellschaftsvertrag wiederaufbauen muss.

Die zentrale Warnung dieser Studie richtet sich nicht gegen Märkte, ausländische Investoren oder private Unternehmen. Syrien braucht alle drei. Sie richtet sich gegen irreversible Entscheidungen, die getroffen werden, bevor die Institutionen existieren, die sie beherrschen und regulieren können.

Eine erfolgreiche Wiederaufbaustrategie muss Investitionen mit Souveränität, Wettbewerb mit Regulierung, private Initiative mit öffentlicher Leistungsfähigkeit und Wachstum mit sozialer Gerechtigkeit verbinden. Der Staat sollte nicht versuchen, alles selbst zu produzieren. Er muss aber entscheiden können, was nicht sicher aufgegeben werden darf, was reguliert werden muss, was vorübergehend Unterstützung benötigt und welche Art von Wirtschaft Syrien besitzen soll, wenn die Notphase vorbei ist.

Die Wahl besteht daher nicht zwischen dem öffentlichen Sektor der Assad-Ära und einem unbeschränkten Markt. Syrien kann einen dritten Weg wählen: einen leistungsfähigen, rechenschaftspflichtigen Entwicklungsstaat, der Märkte aufbaut statt sie sich selbst zu überlassen, privates Kapital mobilisiert ohne ihm untergeordnet zu werden und menschliche Entwicklung als Grundlage des Wiederaufbaus behandelt.

Der Wiederaufbau darf kein Verkauf der syrischen Schwäche sein. Er muss der Aufbau der syrischen Zukunft sein.

Abbildung aus der Originalstudie

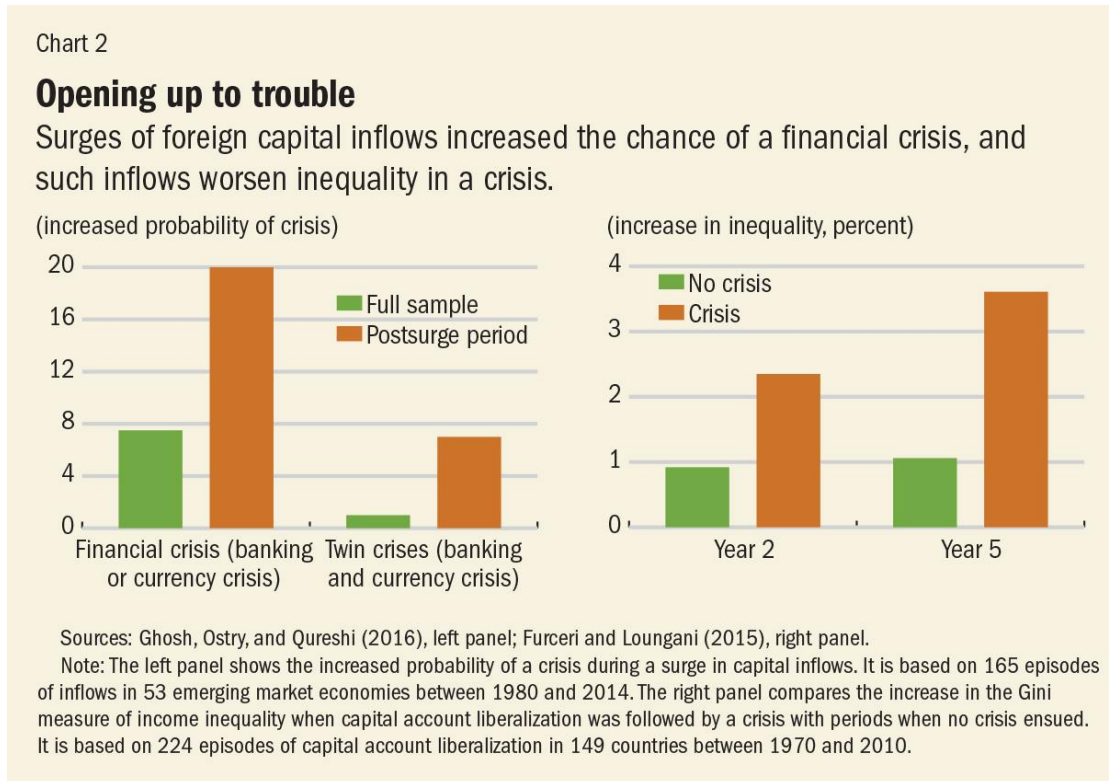


Abbildung 1. Kapitalzuflussschübe, Finanzkrisenrisiko und Ungleichheit. Quelle: Ostry, Loungani & Furceri, IMF Finance & Development (2016).

Literatur und Quellen

[1] World Bank, Doing Business 2009: Syria country profile.

[2] World Bank, The Syrian Conflict: Physical Damage and Reconstruction Assessment (2011–2024), 2025.

[3] UNDP, The Impact of the Conflict in Syria: A Devastated Economy, Pervasive Poverty and a Challenging Road Ahead to Social and Economic Recovery, 2025.

[4] Jonathan D. Ostry, Prakash Loungani & Davide Furceri, “Neoliberalism: Oversold?”, IMF Finance & Development, Juni 2016.

[5] Französisches Wirtschaftsministerium / Agence des participations de l’État, Renationalisierung von EDF, 2022–2023.

- [6] [International Energy Agency, A 10-Point Plan to Reduce the European Union's Reliance on Russian Natural Gas, 2022.](#)
- [7] [Bassam Yousif, "Economic Restructuring in Iraq: Intended and Unintended Consequences," Journal of Economic Issues 41\(1\), 2007.](#)
- [8] [Fabrice Balanche, "The Reconstruction of Lebanon or the Racketeering Rule," 2024.](#)
- [9] [Sinan Erensü & Yahya M. Madra, "Neoliberal Politics in Turkey," Oxford Handbook of Turkish Politics.](#)
- [10] [David Harvey, "The 'New' Imperialism: Accumulation by Dispossession," Socialist Register 40 \(2004\).](#)
- [11] [Reuters, "Syria's Islamist rulers overhaul economy with firings, privatization of state firms," 31. Januar 2025.](#)
- [12] [Syrian Arab News Agency, Energieabkommen über rund 7 Mrd. US-Dollar und 5.000 MW, Mai 2025.](#)
- [13] [Alice H. Amsden, Asia's Next Giant: South Korea and Late Industrialization, Oxford University Press, 1989.](#)
- [14] [Joseph E. Stiglitz, Globalization and Its Discontents, W.W. Norton, 2002.](#)
- [15] [Thomas Piketty, Capital in the Twenty-First Century, Harvard University Press, 2014.](#)
- [16] [Ha-Joon Chang, Kicking Away the Ladder: Development Strategy in Historical Perspective, Anthem Press, 2002.](#)
- [17] [Alaa Alkhatib, "Questions About the Ambiguity of Syria's Electricity Contract," InfoSalam, 14. Juni 2025.](#)
- [18] [Alaa Alkhatib, "Strategic Reconstruction in Syria: Turning Challenges into Opportunities," InfoSalam, 12. Dezember 2024.](#)